

**Luis Fabiaacuten Fuentes-Corteacutes,  
Joseacute Ezequiel Santibantildeez-Aguilar,  
Joseacute Mariacutea Ponce-Ortega**

## **Optimal design of residential cogeneration systems under uncertainty.**

*In der Studie 'Lebensverläufe und Wohlfahrtsentwicklung' waren durch die besonderen Erhebungsbedingungen retrospektiver Verlaufsdaten dem Datensammlungsprozeß im Feld Grenzen gesetzt. Die Edition von Daten wird auf diesem Hintergrund als notwendige Fortsetzung und als methodisch legitimierte Ergänzung des Erhebungsprozesses gesehen. Die Verbesserung der Datenqualität durch die Editierung betraf vor allem die Aussagefähigkeit von Verläufen und spezifischen Zusammenhängen. In der vorliegenden Studie konnten spezifische Defizite im Felderhebungsprozeß ausgeglichen werden. Es werden Editionsverlauf und Editionsregeln sowie die zu korrigierenden Problembereiche dargestellt. Für retrospektive Lebensverlaufserhebungen erscheint der Arbeitsschritt der Editierung unabdingbar. Die Anwendung von Editierungsroutinen erscheint überall dort berechtigt und sinnvoll, wo das Datenmaterial eine Konsistenz- und Vollständigkeitskontrolle zuläßt und eine Optimierung der Datenqualität über die Rekonstruktion verknüpfter Einzelangaben möglich wird, um den Datensammlungsprozeß zu validieren und zu ergänzen. (OH)*

### **1. Einleitung**

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male- breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen,

d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man1983s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die Beanspruchungspraxis und die politische Rede über Zeit- und Tätigkeitsstrukturen dieser Gruppe belegen, entgegen den oben skizzierten Positionen, dass Beruf und Beruf bzw. Beruf und Karriere vereinbar sind. Diese Form der Arbeitszeitreduktion bei öffentlich Bediensteten mit politischem Mandat wird jedoch weder als Teilzeitbeschäftigung diskutiert, noch ist sie unter diesem Begriff gesetzlich geregelt. Der Gesetzgeber verwendet hierfür vielmehr den Begriff der Dienstfreistellung. Die Debatte zur reduzierten